

Sind die Luxemburger Wohnungssuchenden zu wählerisch? Weg vom Eigenheim im Grünen, lautet jedenfalls die Devise für die Zukunft. (Foto: Christian Mosar)



haltiger Raum- und Landesplanung in Luxemburg“ geübt: Es gebe, so Dr. Dieter Ewringmann, zwar einen „Nachfrageüberhang“, aber keine Not-situation auf dem Wohnungsmarkt. Angesichts der Tatsache, dass der Wohnflächenbedarf der Luxemburger Haushalte um 50% über dem europäischen Durchschnitt liege, sei es nicht angebracht, den Wohnungsbau weiterhin nach dem Gießkannenprinzip - und im Widerspruch zum IVL-Konzept - zu fördern. Vielmehr sei im Sinne von mehr Nachhaltigkeit eine Drosselung des Flächenverbrauchs anzustreben, ein Subsid sollten nur noch IVL-Gemeinden erhalten. Subventionen müssten zudem an die Erfüllung von Energie- und Flächeneffizienzkriterien bei Bauprojekten gekoppelt werden. Dagegen sollten „wirklich Bedürftige“ stärker durch die öffentliche Hand unterstützt werden. Was Frank Jost in goosch.lu zur Kritik veranlasste, angesichts von Durchschnittsmieten von 1.000 € und eines Nettomindestlohns von 1.400 € sei Ewringmanns Analyse soziologisch undifferenziert.

Trotzdem bleibt die delikate Frage, ob heute noch ein Gesetzesinstrument angebracht ist, das laut Berichterstatter Norbert Hauptert (CSV) „hoffentlich de Wee fräi mécht, fir datt déi kommend Generationen sech und nach zu rai-sonnabele Präisser een Eegenheim können uschaffen“. Und ebenso ist die Kritik berechtigt, dass außer der Abstufung nach CDA-, IVL- und sonstigen Gemeinden keine Kriterien zur Erlan-

gung der Subventionen gestellt werden: Neben energie- und flächensparendem Bauen könnten dies auch neue Wohnformen sein wie Wohngemeinschaften oder autofreie Siedlungen.

Ewringmanns Annahme, dass Leute mit Durchschnittseinkommen auch ohne staatliche Förderung noch Wohnraum finden, wenn sie ihre Ansprüche einschränken, bestätigt sich an dem - zumindest für Luxemburg - neuen Phänomen der Zweckwohngemeinschaften. „Appartager.lu“ heißt etwa eine Internetadresse, auf der potentielle MitbewohnerInnen sich melden können. Dort hat zum Beispiel eine Wohngemeinschaft bestehend aus zwei Jungesellen und einer Mutter von zwei Kindern, alle unter Dreißig, ein Zimmer frei. Studierende, Beschäftigte auf Zeitkontraktbasis oder Neuankömmlinge interessieren sich für WG-Zimmer vor allem in Luxemburg-Stadt, die zu Wärmepreisen zwischen 400 und 700 Euro angeboten werden (manche Preise enthalten gar den Reinigungsdienst!).

Es fehlt an Alternativen

Natürlich ist dies für die traditionelle Familie mit zwei Kindern und Auto keine Lösung. Doch Singles und kinderlose Paare machen heute schon über die Hälfte aller Haushalte aus.

Neue Wohnformen streben auch jene an, die fürs Alter Alternativen zum Heim suchen. Seniorenwohngemeinschaften sind also ebenfalls für das konservative Luxemburg in einigen Jahren angesagt. Doch solche raumsparenden Wohnformen von öffentlichen Wohnungsbauakteuren werden kaum gefördert - dabei würden gerade sie dazu beitragen, Innenstädte wieder zu beleben.

Auch neue Ansätze im sozialen Bereich, wie das Konzept der „Agence immobilière sociale“ harren ihrer Ausführung. Den Vorschlag mehrerer, im Luxemburger Ableger des „European Anti-Poverty-Network“ (EAPN) zusammengeschlossener NGO, nach ausländischem Modell eine soziale Wohnungsvermittlungagentur in Luxemburg einzurichten, hatte Fernand Boden schon 2006 befürwortet. Karin Manderscheid, Präsidentin von „EAPN Lëtzebuerg“, weiß aber zu berichten, dass ein erstes Treffen mit

dem Wohnungsbauministerium geplant sei.

Immerhin hat die Kritik von Ewringmann dazu geführt, dass die sozialistische Fraktion in der zuständigen parlamentarischen Kommission anregte, die Vergabe von Subventionen an die Kommunen wenigstens minimal an Kriterien zu binden. Die vom Oktober datierenden Änderungsvorschläge enthielten den Zusatz, dass die bezuschussten Gemeinden „une certaine mixité sociale de leur population“ und „une utilisation rationnelle du foncier par une densité de bâti appropriée“ garantieren müssten. Und Henri Kox weiß zu berichten, dass der neue Text in der Kommissionssitzung vor einer Woche beibehalten wurde - trotz der nicht unberechtigten Kritik des Staatsrates, dies sei ein „concept tellement vague qu'il ne saurait être apprécié concrètement“.